

NIEDERSCHRIFT
über die ordentliche Mitgliederversammlung der
Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen
am 28. Juni 2011 in Köln

Anwesende Mitglieder:

89 stimmberechtigte Mitglieder persönlich anwesend oder durch Vollmacht vertreten

Anwesend vom Aufsichtsrat:

Dr. Helmut Hofmeier	Vorsitzender
Michael Kurtenbach	
Detlef Klein	

Anwesend vom Vorstand:

Dr. Rainer Kombrink	Vorsitzender
Thomas Barann	stv. Vorsitzender
Wilfried Mohr	
Rainer Schmid	

Entschuldigt vom Aufsichtsrat:

Jürgen Meisch	stv. Vorsitzender
Wolfgang Beumers	
Werner Urbach	

Anwesend als Gast:

Manuela Brückner	Aktuar, zu TOP 4
Nicolai Engel	Leitung LPM 2, zu TOP 4
Holm Hempel	LPM 2, zu TOP 3
Antje Voous	VS/Protokoll

Herr Dr. Hofmeier übernahm als Vorsitzender des Aufsichtsrates die Versammlungsleitung und eröffnete um 10:02 Uhr die Versammlung. Er begrüßte die Erschienenen.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Versammlung durch Schreiben vom 23.05.2011 unter Angabe der Tagesordnung und der Beschlussvorschläge erfolgt ist. Darüber hinaus war dem Einladungsschreiben eine Übersicht der zu ändernden Paragraphen der Satzung beigelegt. Der Geschäftsbericht konnte vom Tage der Einberufung und die Synopse (Gegenüberstellung alter und neuer Satzung) zu den geplanten Satzungsänderungen ab dem 27.05.2011 an im Internet abgerufen werden.

Insgesamt waren 89 stimmberechtigte Mitglieder persönlich anwesend oder durch Vollmacht vertreten.

Herr Dr. Hofmeier stellte fest, dass die Mitgliederversammlung damit form- und fristgerecht einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der seit der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung verstorbenen Mitglieder gedacht.

Die mitgeteilte Tagesordnung lautet wie folgt:

TOP 1 Vorlage des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie des Berichts des Aufsichtsrates für das Jahr 2010

- a) Bericht zur Lage des Unternehmens
- b) Vorlage und Erläuterung des Jahresabschlusses
- c) Bericht des Aufsichtsrates
- d) Feststellung des Jahresabschlusses

TOP 2 Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat

TOP 3 Satzungsänderungen



**TOP 4 Mögliche Gestaltungsvarianten zur Optimierung
 der Versorgungswerke**

TOP 5 Sonstiges

Nachdem gegen Form und Inhalt der Tagesordnung keine Einwendungen erhoben wurden, erklärte der Versammlungsleiter diese für genehmigt. Danach wurde in die Erledigung der Tagsordnung eingetreten.

**TOP 1 Vorlage des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie des Be-
 richts des Aufsichtsrates für das Jahr 2009**

- a) Bericht zur Lage des Unternehmens
- b) Vorlage und Erläuterung des Jahresabschlusses

Herr Dr. Kombrink erläuterte die wesentlichen Kennziffern des Jahresabschlusses 2010.

Die Anwartschaften auf Invaliden- und Altersrente sind gegenüber dem Vorjahr von 419 auf 404 zurück gegangen. Dieser Rückgang in Höhe von 15 Anwartschaften ist in erster Linie auf Abgänge durch Erreichen der Altersgrenze (12 Personen) zurück zu führen. Auch die Zahl der Rentenempfänger ist von 355 auf 353 gesunken, davon erhalten 274 Personen Invaliden- und Altersrente.

Die gebuchten Beiträge - laufende Beiträge der Trägerunternehmen und deren verbundene Unternehmen - sind gegenüber dem Vorjahr von 726 TEUR auf 492 TEUR gesunken. Zurück zu führen ist der Beitragsrückgang maßgeblich auf die um 53 TEUR gestiegenen Kapitalerträge, eine niedrigere Dotierung der Deckungsrückstellung in Höhe von 254 TEUR gegenüber dem Vorjahr - der Deckungsrückstellung wurde ein Betrag in Höhe von 939 TEUR zugeführt - und einem Rückgang der Rentenanpassung in 2010 von 5,7 % auf 5,3 %.



Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind gegenüber dem Vorjahr um 3,6 % von 1.918 TEUR auf 1.986 TEUR gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen durch die Anpassung der Renten begründet. Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb belaufen sich auf 517 EUR.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf Geschäftsjahresbasis gegenüber dem Vorjahr (2.397 TEUR) auf rund 2.449 TEUR. Dies entspricht einer stabilen Nettoverzinsung in Höhe von 4,5 % (Vorjahr: 4,5 %). Die Erträge konnten gegenüber Vorjahr um 2,2 % von 2.397 TEUR auf 2.450 TEUR gesteigert werden. Die Aufwendungen betrugen wie im Vorjahr 1.000 EUR. Der Kapitalanlagebestand betrug am 31.12.2010 rund 54,8 Mio. EUR und lag somit um 0,5 Mio. EUR über Vorjahr.

Die Pensionskasse weist - wie im Vorjahr - keinen Überschuss aus. Das Eigenkapital (Verlustrücklage) beläuft sich auf 2,5 Mio. EUR. Die Solvabilitätsspanne beträgt 2,3 Mio. EUR, so dass eine Überdeckung von 0,2 Mio. EUR vorliegt.

Es wurden keine Fragen von den Mitgliedern gestellt.

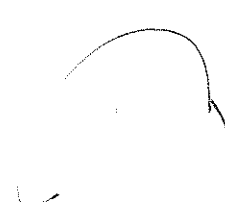
c) Bericht des Aufsichtsrates

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Dr. Hofmeier, berichtete über die Tätigkeiten, Prüfungen und Feststellungen des Aufsichtsrates im vergangenen Geschäftsjahr 2010. Er erläuterte den schriftlichen Bericht des Aufsichtsrates vom 12. Mai 2011.

Fragen der Mitglieder zum Bericht des Aufsichtsrates lagen nicht vor.

d) Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 wurde durch die Mitgliederversammlung einstimmig durch Handaufheben festgestellt.



TOP 2 Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat

Entsprechend dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat beschloss die Mitgliederversammlung einstimmig durch Handaufheben, dem Vorstand für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 Entlastung zu erteilen.

Entsprechend dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat beschloss die Mitgliederversammlung einstimmig durch Handaufheben, dem Aufsichtsrat für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 Entlastung zu erteilen.

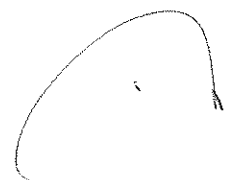
TOP 3 Satzungsänderungen

Auf Bitte des Vorstandes stellte Herr Hempel sodann die Satzungsänderungen vor, die insbesondere durch die Einführung des am 01.09.2009 in Kraft getretenen Versorgungsausgleichsgesetzes und durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes vom 14.01.2009 zur Hinterbliebenenversorgung für eingetragene Lebenspartner erforderlich geworden sind. Die Neuregelungen zum Versorgungsausgleich sollen zu einer gerechteren Teilung an dem in der Ehe erworbenen Vorsorgevermögen führen, was überwiegend der ausgleichsberechtigten Person zugute kommt. Eingetragene Lebenspartner werden zukünftig hinsichtlich der Hinterbliebenenversorgung bei Erfüllung der Voraussetzung Ehegatten gleichgestellt.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat mit Schreiben vom 02.05.2011 keinerlei aufsichtsrechtliche Bedenken hinsichtlich der geplanten Satzungsänderungen bemerkt. Die Genehmigung wird nach Zustimmung in der Mitgliederversammlung in Aussicht gestellt. Auch wurden die betriebsverfassungsrechtlichen Gremien zeitnah entsprechend informiert.

Die Satzungsänderungen wurden vorgelesen, ausführlich erläutert und diskutiert.

Die Mitgliederversammlung beschloss sodann einstimmig durch Handaufheben, die Satzung, wie vom Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagen, entsprechend der beige-



fügten **Anlage 1** (Synopsis der Satzung der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen vom 21.04.2011) zu ändern.

TOP 4 Mögliche Gestaltungsvarianten zur Optimierung der Versorgungswerke

Frau Brückner und Herr Engel berichteten anhand der Präsentation über mögliche Gestaltungsvarianten zur Optimierung der Versorgungswerke.

Zunächst stellte Herr Engel die historisch gewachsenen, arbeitgeberfinanzierten Systeme der betrieblichen Altersversorgung der Gothaer Versicherungsgesellschaften vor, die seit 1997 bzw. 01.01.1998 geschlossen sind.

Es existiert eine große Vielfalt an Durchführungswegen und Versorgungsträgern. Insbesondere sind alle klassischen Durchführungswege in Varianten vorhanden und auch Insellösungen, wie etwa die pauschaldotierte Unterstützungskasse, sind zu finden. Darüber hinaus existiert eine große Vielfalt an Zusagearten und -Leistungshöhen, wie z.B. Endgehalt oder Durchschnittsgehalt der letzten fünf Jahre. Diese Vielschichtigkeit führt zu einer hohen Komplexität und durch Kleinteiligkeit zu einem hohen administrativen Aufwand. Ferner bedingen Komplexität, Intransparenz und Planungsrisiken, verursacht durch nicht steuerbare Parameter in den Leistungsformeln wie beispielsweise die BBG-Entwicklung, stetige Bewertungsrisiken u.a. auch im Hinblick auf Unternehmensratings.

Mitte 2010 erteilte der Vorstand der Trägerunternehmen den Auftrag, Gestaltungsvarianten zur Optimierung der Versorgungswerke zu prüfen. Die Zielsetzung umfasste - unter der Prämisse etwaige Nachteile zu vermeiden und Wertgleichheit zu gewährleisten - die Verringerung der Komplexität, Erhöhung der Transparenz, Verbesserung der Planbarkeit und ggf. Verringerung von bAV-Zusatzkosten.

Im Ergebnis wurden drei Gestaltungsvarianten zur Optimierung der Versorgungswerke abgeleitet und empfohlen:



1. Absicht der Überleitung von Leistungszusagen in ein beitragsorientiertes System
2. Absicht der Auflösung der pauschaldotierten Unterstützungskasse
3. Absicht der Verschmelzung der Pensionskasse BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen und der Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank

Im Dezember 2010 stimmte der Gesamtvorstand den vorgeschlagenen Gestaltungsvarianten und der vorgeschlagenen zweistufigen Vorgehensweise zu. Die erste Stufe läuft in 2011 mit Übergang in 2012, im Anschluss an Stufe 1 erfolgt die Umsetzung der Stufe 2.

Die Beratungen wurden daraufhin zeitnah aufgenommen und es folgten im April 2011 erste Informationen an die Betriebsräte sowie Abstimmungen mit den Wirtschaftsausschüssen zur ersten Stufe. Die Betriebsräte werden in den Beratungen durch zwei externe Sachverständige unterstützt. Bereits im März 2011 wurden Gespräche zur Verschmelzung der Pensionskassen mit der BaFin als zuständige Aufsichtsbehörde aufgenommen.

Sodann stellte Herr Engel die drei Gestaltungsvarianten kurz vor.

1. Absicht der Überleitung von Leistungszusagen in ein beitragsorientiertes System

Es soll eine Überleitung der Leistungszusagen im Baustein Direktzusage in ein beitragsorientiertes System erfolgen. Betroffen hiervon sind die Leistungszusagen der Versorgungswerke 1980 und 1995 der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherung sowie Leistungszusagen des alten und mittleren Systems der Gothaer Lebensversicherung. Die Maßnahme soll in der zweiten Stufe beraten und nach Zustimmung der Gremien umgesetzt werden.

2. Absicht der Auflösung der pauschaldotierten Unterstützungskasse

Die pauschaldotierte Unterstützungskasse der Versorgungswerke 1964 und 1980 der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherung soll aufgelöst werden. Im Rahmen der Auf-



lösung soll eine Rücküberführung der Hinterbliebenen- und Invaliditätsleistungen in die Direktzusage erfolgen. Die Auflösung wird derzeit mit den Gremien beraten. Herr Engel wies darauf hin, dass die Mitglieder durch einen direkten Rechtsanspruch (Direktzusage) und durch den voraussichtlichen Schuldbeitritt der Gothaer Finanzholding AG bessergestellt werden. Änderungen in den zugesagten Leistungen wird es durch den Wechsel des Durchführungsweges nicht geben.

3. Absicht der Verschmelzung der Pensionskasse BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen und der Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank

Die Pensionskasse BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen und die Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank sollen verschmolzen werden. Die Möglichkeit der Verschmelzung wird derzeit mit den Gremien und auch mit der BaFin als zuständige Aufsichtsbehörde besprochen. Denn gemäß § 14 a S. 1 VAG bedarf eine Verschmelzung der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Voraussetzung für die Genehmigung der Verschmelzung nach § 14 a VAG i.V.m. § 14 Abs. 1 S. 2 VAG ist die Wahrung der Belange der Versicherten. Herr Engel wies ausdrücklich darauf hin, dass es keine Änderung des Leistungsplanes geben wird.

Frau Brückner als verantwortliche Aktuarin erläuterte sodann kurz die Erforderlichkeit der beabsichtigten Verschmelzung der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen und der Versorgungskasse Gothaer Versicherungsbank. Bei beiden Kassen wurde in der jüngsten Vergangenheit auf eine identische Ausrichtung, die sich insbesondere auch im Management zeigte, geachtet. In aktuarieller Hinsicht wurde mit einem einheitlichen Rechnungszins von 3,5 % bereits eine identische Ausrichtung der beiden Kassen eingeleitet. Insbesondere vor dem Hintergrund der geringen Bestandsgröße der Pensionskasse der BERLIN-KÖLNISCHE Versicherungen erscheint eine Verschmelzung zunehmend sinnvoll und erforderlich. Die Größe des Bestandes führt schon heute zu einer weniger genaueren Bewertung. Damit wird die aktuarielle Einschätzung, ob die geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen auch künftig angemessen und ausreichend sind, erschwert und beeinträchtigt. Schwankungen zwischen tatsächlich eingetre-



tenen Ereignissen und Erwartungswerten werden größer, so dass dadurch die Planbarkeit verschlechtert wird.

Für die Umsetzung der Verschmelzungsabsicht ist die Zustimmung der BaFin als zuständige Aufsichtsbehörde erforderlich. Darüber hinaus ist seitens der Trägerunternehmen die vorherige Zustimmung der Betriebsräte gewünscht.

Die Verschmelzung soll im Geschäftsjahr 2012 - rückwirkend zum 1. Januar 2012 - durchgeführt werden.

Die Mitgliederversammlung hat in ihrer Sitzung in 2012 über die Verschmelzung zu entscheiden.

Alle Fragen der Mitglieder wurden beantwortet. Die Mitglieder nahmen die Bestrebungen zur Reduzierung der Komplexitäten zur Kenntnis, kritische Anmerkungen zum Vorhaben wurden nicht geäußert.

TOP 5 Sonstiges

a. Anpassungen

Herr Dr. Hofmeier wies darauf hin, dass die Vorstände der Trägerunternehmen beabsichtigen, voraussichtlich am 30. Juni 2011 zu beschließen, die Renten, die zum 01.07.2011 zur Überprüfung anstehen, zum 01.07.2011 um 3,8 % zu erhöhen.

b. Vorstandsangelegenheiten

Herr Dr. Hofmeier informierte die Mitglieder darüber, dass Herr Dr. Kombrink, Vorsitzender des Vorstandes, zum 30. Juni 2011 wegen Eintritt in den Ruhestand aus dem Vorstand ausscheiden wird. Er dankte Herrn Dr. Kombrink nochmals für sein außerordentliches Engagement und wünschte ihm für die Zukunft alles Gute.



Sein Nachfolger wird Herr Nicolai Engel, der ab dem 01.07.2011 den Bereich LPM leiten wird. Herr Engel stellte sich sodann kurz den Mitgliedern vor und Herr Dr. Hofmeier wünschte Herrn Engel für seine künftige Tätigkeit viel Erfolg.

c. Termin der nächsten Mitgliederversammlung

Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung findet am

**Donnerstag, 28. Juni 2012,
um 14:00 Uhr in Köln**

statt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Herr Dr. Hofmeier die Mitgliederversammlung um 11:20 Uhr und bedankte sich bei den Mitgliedern für ihr Erscheinen und ihre Diskussionsbeiträge.

Alle vorerwähnten Beschlüsse wurden von dem Vorsitzenden jeweils nach der einzelnen Beschlussfassung festgestellt sowie mit ihrem Inhalt und dem Ergebnis der Abstimmung verkündet.

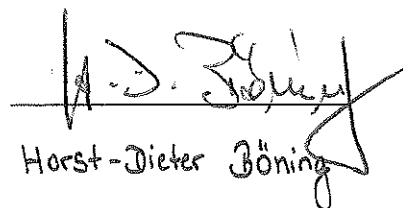
Widersprüche gegen Beschlussfassungen wurden in keinem Fall erhoben.



Dr. Helmut Hofmeier
(Versammlungsleiter)



Hartmut Rohde
(Mitglied)



Horst-Dieter Böning
(Mitglied)

Nachrichtlich wird mitgeteilt, dass die Vorstände der Trägerunternehmen am 30.06.2011 folgenden Beschluss zur Rentenanpassung 2011 gefasst haben:

Die Renten, die zum 01.07.2011 zur Überprüfung anstehen, werden zum 01.07.2011 um 3,8 % erhöht.



Dr. Helmut Hofmeier